

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 2/19

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Mülheim am Scheideweg: Weiter wie gehabt geht nicht mehr!?

Mülheimer Pöstchengeschacher wie eh und je? Nein und nochmals nein!

Ein Nachfolger für den SPD-Dezernenten Ernst wird gesucht. 25 Bewerbungen gingen ein. Noch bevor andere Fraktionen und Ratsmitglieder mit verschiedenen sprechen konnten, verkündete die SPD ihre Auswahl. Gleichzeitig drohte sie, der "Burgfrieden sei gestört", wenn ihr Kandidat nicht gewählt würde. Mehr dazu auf S. 4

Was tun zur Abzocke aller Mülheimer/innen mit der Grundsteuer B?



Am 22. Jan. führten die MBI eine Bürgerversammlung in der Gaststätte „Altes Schilderhaus“ durch. Thema: **Was tun zu der unverhältnismäßigen Erhöhungsorgie bei der Grundsteuer B?** Trotz Schneefalls waren mindestens 150 Menschen gekommen und der Raum platzte aus allen Nähten. Themen waren u.a. der MBI-Ratsantrag zur Rücknahme der Erhöhungsorgie, vgl. S. 2, und die bereits angemeldete Demo 1 Stunde vor der Ratssitzung am 14. Feb., also um 15 Uhr auf dem Rathausplatz. Die Internet-Petition gegen die Erhöhungsorgie wurde in 2 Woche von 6500 Mülheimer/innen unterzeichnet. Viele legten auch Widerspruch ein

LoPa-Desaster fff.: So verliert der Rechtsstaat an Glaubwürdigkeit!

Es war zu befürchten, dass der loveparade-Prozess ein Schlag ins Wasser werden würde, waren doch von Anbeginn alle wirklich Verantwortlichen für die vorhersehbare Tragödie außen vor gelassen worden. Nur auf Druck der Öffentlichkeit eröffnete die Generalstaatsanwaltschaft dann doch noch einen Prozess letztes Jahr, nachdem StA Duisburg und Landgericht bereits alles nach jahrelangen "Ermittlungen" wegen irgendeinem Gutachten niedergeschlagen hatten. Nun soll also auch das sehr aufwendige und teure Verfahren ganz eingestellt werden und die Nebenkläger der Geschädigten bleiben womöglich auf ihren Anwaltskosten sitzen. Über 9 Jahre nach dem Tod von 21 Menschen und der Traumatisierung von vielen Hunderten hofft man anscheinend auf die Vergesslichkeit der Menschen ob des **Riesenskandals**. Dabei hat der Rechtsstaat sich als untauglich oder unwillig gezeigt, wenn es sich wie bei der LoPa-Katastrophe um schwerwiegendstes Versagen und offensichtlich **grob fahrlässige Gefährdung von tausenden Menschenleben durch wesentliche Entscheidungsträger** in Land, Stadt und Veranstalter handelt.



Rekordverdächtige Volksinitiative zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge mit 275.000 Unterschriften in nur 12 Wochen!!!

Die Stadt MH möchte nach 115 Jahren(!) Straßenbaubeiträge von den Anliegern der Paul-Kosmalla-Str. in Heißen kassieren. Unglaublich und hunderte Straßen stehen noch auf der Abkassierliste der Stadt! **Unterschriftenlisten zu der Volksinitiative können seit Mitte November auch im MBI-Büro unterzeichnet oder mitgenommen werden!** Obwohl "nur" 66.000 Unterstützer nötig sind, damit der NRW-Landtag sich mit dem Anliegen befassen muss, sammeln die MBI auf jeden Fall weiter, solange die Kampagne läuft (voraussichtlich bis März), um den politischen Druck auf den Landtag zu erhöhen!



Auf den folgenden Seiten:

- MBI-Antrag zur Rücknahme der Grundsteuererhöhung und Vorschlag für eine Resolution zur Volksini... S. 2
 - "Armes" Mülheim – kein Geld und nix klappt mehr? Wer schenkt der Stadt endlich einen Zollstock?..... S. 3
 - Skandalstadt Mülheim: Die verstörte SPD und der gestörte Burgfrieden S.4
- Einlegeblatt:** Breiter Protest gegen die unverhältnismäßige Mülheimer Grundsteuererhöhungsorgie!

MBI-Antrag auf Abänderung des Beschlusses zur unverhältnismäßigen Grundsteuererhöhung um 39%

MBI-Antrag für die Sitzung des Rates der Stadt Mülheim am 14.02.2019 TO öffentlich

Abänderung des Beschlusses zur Grundsteuererhöhung um 39%

Beschlussvorlage

Der Rat der Stadt beschließt die Abänderung seines Beschlusses vom 06.12.2018 zu „Hebesatzsetzung 2019 – Vorlage V 18/0785-02“, und zwar dergestalt, dass der Hebesatz 2019 für die Grundsteuer B unverändert bei 640 % belassen wird, wie seit 2015 gültig.

Die Verwaltung wird beauftragt, die entsprechend abgeänderten Grundsteuerbescheide möglichst zeitnah zu berechnen und zu verschicken, zumindest aber so, dass die bereits bezahlten Beträge mit geänderten Forderungen für evtl. Ratenzahlung zum 2. Termin für Ratenzahlungen am 15.05.19 bereits verrechnet sein können.

Begründung

Die Erhöhung der Grundsteuer B um 39%, wie sie per Tischvorlage am 6.12.18 beschlossen wurde, ist unverhältnismäßig und der Bevölkerung absolut nicht mehr vermittelbar. Die drastische Mehrbelastung betrifft alle Mülheimer Bürger, ob Eigenheimnutzer oder Mieter, und sie soll gemäß der beschlossenen Haushaltssatzung für alle Folgejahre bis zumindest 2023 gelten. Die erhofften Mehreinnahmen sollen laut Vorlage V 18/0785 -02 jährlich 16,2 Mio. € betragen gegenüber „nur“ 3,9 Mio. € bei der ursprünglich geplanten Erhöhung der Grundsteuer B auf „nur“ 700% in der Vorlage 18/0785 -01 vom 1.10.18.

Mit dem Hebesatz von 890% wird Mülheim bundesweit von allen Kommunen über 20.000 Einwohnern nur noch von Witten mit 910% übertroffen.

Die Mülheimer Erhöhung der Grundsteuer B um 39% ist umso bedenklicher, weil nach wiederholtem Verfassungsgerichtsurteil die Bundesregierung verpflichtet ist, in 2019 das bisherige Modell mit den Grundsteuermessbescheiden (Einheitswerten) für Immobilien grundlegend zu ändern. Da sich dann auch die Bemessungsgrundlagen für die Stadt verändern werden, auf die der kommunale Steuersatz angewendet wird, wird der bundesweite Spitzenwert von 890 % viele Mülheimer, Eigenheimnutzer wie Mieter, möglicherweise noch härter treffen als die momentane, bereits unverhältnismäßige Erhöhung. Was mit der Grundsteuerreform auf die Bundesbürger zukommen wird, weiß noch niemand so genau. Nur eines aber scheint gewiss: Die Grundsteuerreform wird uns in Mülheim besonders betreffen und nicht wenige besonders hart, sofern die Stadt bei ihrem Beschluss von Dezember bliebe!



Die durch den Beschluss real entstehenden Mindereinnahmen für das Haushaltsjahr 2019 kann die Kämmerei u. a. durch eine konsequente Ausgabensperre mit vorläufiger Haushaltsführung ausgleichen. Zur mittelfristigen Sanierung des Haushalts sind ohnehin strukturelle Maßnahmen vonnöten, die im Laufe des Jahres dringend angegangen werden müssen.

Wenn in nur 5 Tagen ca. 5000 Mülheimer/innen die online-Petition „Nein zur beschlossenen Grundsteuererhöhung in Mülheim an der Ruhr“ unterschrieben, so spricht das Bände. Wer sich auch nur einen Teil der über 1700 Kommentare zu der Petition durchliest, muss mit großem Erschrecken feststellen, dass der schwere Vertrauensverlust durch den Beschluss der unverhältnismäßigen Grundsteuererhöhung derart durchgängig und tiefgehend ist, dass nur eine Korrektur den Schaden noch minimieren kann.

Wenn in nur 5 Tagen ca. 5000 Mülheimer/innen die online-Petition „Nein zur beschlossenen Grundsteuererhöhung in Mülheim an der Ruhr“ unterschrieben, so spricht das Bände. Wer sich auch nur einen Teil der über 1700 Kommentare zu der Petition durchliest, muss mit großem Erschrecken feststellen, dass der schwere Vertrauensverlust durch den Beschluss der unverhältnismäßigen Grundsteuererhöhung derart durchgängig und tiefgehend ist, dass nur eine Korrektur den Schaden noch minimieren kann.

MBI-Vorschlag für eine Resolution zur Abschaffung des § 8 KAG

Der Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr fordert die Abschaffung des § 8 KAG NRW. An die Stelle des bisherigen Anteils der Anlieger muss dabei die Finanzierung über eine zweckgebundene Schlüsselzuweisung des Landes erfolgen. Der Rat befürwortet ausdrücklich die Forderungen der Volksinitiative "Abschaffung der Straßenbaubeiträge" des Bundes der Steuerzahler und er fordert den Oberbürgermeister auf, dies dem Landtag und der Landesregierung mitzuteilen. (Reaktionen der anderen Fraktionen stehen noch aus)

“Armes” Mülheim – kein Geld und nix klappt mehr? Wer schenkt den Mülheimer Planern endlich einen Zollstock?

Mülheim ist angeblich so bankrott, dass nicht einmal mehr die kaputte Ampelanlage Gracht/Mühlenfeld ersetzt werden kann, vgl. WAZ vom 16. Jan.: „*Selbst für eine Ampel fehlt Geld*“

Die Pleitestadt a.d. Ruhr hat aber immer noch genügend Millionen, um die Alt-OB-Mühlenfeld'schen Visionen von einer durch ihre Ruhrmania total umgekrempelten Stadt auch noch auf der letzten Kreuzung oder dem verbliebenen Restgrün zu vollenden. Von den Ruhrbania-Restfeldern zwischen Eisenbahn- und Nordbrücke will man sich z.B. einfach nicht verabschieden. Nun gut, da stören noch real existierende Gebäude von AOK, Gesundheitsamt und ex-Arbeitsamt. Macht aber nix, da kann auch nach dem 3. oder 4. Scheitern noch ein weiteres Gutachten erstellt werden, gell. Z.B. ob da nicht ein VHS-Neubau hinkommen sollte, damit die schöne VHS in der MüGa demnächst endlich abgerissen werden und das Grundstück verhökert werden kann.



Noch aufregender ist sogar die Umsetzung und immer weiter fortschreitende Ruhrbania-Verkehrsplanung.

Mit „**Ruhrbania-Baulos 1**“ wurde hauptsächlich die Hauptverkehrsstr. Ruhrstr. aus dem Netz genommen, um sie zusammen mit dem Park der Ostruhranlagen mit Betonklötzen neu „beleben“ zu können. Mit „**Ruhrbania-Baulos 2**“ wurde dann der gesamte Brückenkopf der Nordbrücke von seinen 3 Overfließ „befreit“, um an der neuen Riesen-Doppel-Ampelkreuzung endlich auch Staus zu haben wie eine richtige Großstadt.

Und mit „Ruhrbania-Baulos 3“ soll der enge Klöttchen Zweirichtungsverkehr bekommen inkl. der beiden Kreisverkehre. Und danach steht noch der Abriss der Hochstr. Tourainer Ring im Plan inkl. eines dann ebenerdigen großen Kreisverkehrs hinter dem Bahnhof, ungefähr Höhe Parallelstraße.

Was das alles gekostet hat oder noch kosten soll? Ob 50, 100 oder mehr Millionen ist nebensächlich, weil damit doch ein „strategisches“ Projekt zur „Stadterneuerung“ umgesetzt wird. Wer meint, das alles sei doch eher Stadtzerstörung, der sollte mal überprüfen, ob er/sie nicht an Populismus krank.

Zugegeben, die Mülheimer Verkehrsführung nach dem Motto „Wo der Navi versagt“ ist etwas suboptimal. Doch es hilft sicher zur Steigerung der Umsätze an Tankstellen und bei Autohändlern, denn auch alte Autos müssen eher ersetzt werden, wenn sie die vielen Umwege mit andauerndem Ampelhopping fahren müssen.

Doch lassen wir das gesamte strategische Zukunftskonzept der hohen Mülheimer Politik mal außen vor, um es sinngemäß mit den Worten des ehemaligen Tiefbauamtsleiters Lerlich zu beschreiben „Die Mülheimer sind einfach zu doof, um das hervorragende Verkehrskonzept zu verstehen“.

Aktuell wird gerade als „Ruhrbania-Baulos 3 – Teil 1“ der größere Kreisverkehr Eppinghofer Str./Klöttchen/Bruchstr. gebaut. Der kleinere an Klöttchen/Heißener Str. ist schon fertig. Stimmt, der ist ein wenig eng, doch alles so gewollt, damit die bösen Autofahrer kapieren, wie sehr sie die Luft verpesten und deshalb zum Anhalten und Stauen vom Tourainer Ring aus gezwungen werden. Fürwahr, eine weitzblickende Erziehungsmaßnahme. Nur bei dem neuen Kreisverkehr im Bau, da bekommt der Beobachter leichtes Stirnrunzeln oder wahrscheinlich versteht er oder sie noch nicht, was ihm die kluge Stadt Mülheim da auch noch Gutes antun will. Also, da hat man doch glatt schräge Ampelstümpfe errichtet, wie auf den Bildern unten zu sehen ist.



Wozu? Touristen-Attraktion wie in Pisa oder was?

Doch leider war das nix mit Klein-Pisa:
Die Planer hatten sich



irgendwie vertan und eine viel zu Einbiegung in die Bruchstr. gebaut.artig die Ampelstümpfe, nur weil sie die weise Stadtverwaltung ein bietet. Scheint auch sinnvoller,



große Nase in den Klöttchen an der Die ersten LKW verbogen dann börsrechts abbiegen wollten. Und nun hat Schild aufgestellt, was ihnen das wenn sie erst über Aktienstr. hoch und

Kuhlen-/Hornstr. runter ins Dichterviertel kommen, falls sie nicht über Heißener und Schiller-, Uhlandstr. an berühmte deutsche Dichter erinnert werden. Es ist auch nicht einzusehen, warum LKW weniger Umwege fahren dürften als Durchschnitts-Mülheimer. *Zurück zu oben: Die arme Stadt MH scheint also so pleite, dass sie sich keinen Zollstock leisten konnte, um so einen popeligen Kreisverkehr richtig zu vermessen?*

Mülheim und der gestörte Burgfrieden einer verstörten SPD?

Sozialdezernent Ernst geht Ende Feb. in den Ruhestand, doch hätte die Bestellung einer/s Nachfolgerin/s auch von der Eignung für ein zukünftiges Dezernat mit evtl. anderen Verantwortungsbereichen als bisher abhängig gemacht werden sollen. Das hatte u.a. auch die Wirtschaft gefordert. Doch alles wurde blockiert durch die Unbeweglichkeit und Blockade von Verwaltungsspitze und Mehrheit der Ratspolitik. Der Verwaltungsvorstand verkündete geschlossen, alles funktioniere bestens, so dass keine Änderung nötig sei. Die Ratsmehrheit beschloss im Dezember, schnell ein/e Ernst-Nachfolger/in zu finden mit exakt dem gleichen Dezernatszuschnitt. Für die an die Wand gefahrene Stadt (Zitat ex-medl-Chef Bachmann: "Ein Sanierungsfall") ist dieses "Weitermachen wie gehabt" eine weitere Katastrophe, denn es wird absichtlich jede Chance und Möglichkeit ausgeschlagen, um die ruinierte Stadt in den Griff zu bekommen. Insbesondere der Mülheimer SPD scheint es in ihrer Untergangsstimmung nur noch um die Besetzung von Pöstchen zu gehen, bevor alles nach der nächsten Wahl für sie bergab geht. Die Bürger, das Allgemeinwohl, ein halbwegs zivilisierter Umgang miteinander? Alles höchstens unter ferner liefen?!

Im Nov. verkündete der SPD-Fraktionschef, seine Partei beanspruche die Dezernentenstelle, völlig ungeachtet des riesigen Towuhabuwu drumherum, ob OB-"Affäre", Etatchaos, VHS-Desaster, Chaos beim Immobilienservice, Thyssenbrücke uswuf.. Im Dez. beschloss sie überrumpelungsartig per Tischvorlage mit den Kenia-Kollegen von CDU und Grünen, den perspektivlosen Etat 2019 über eine 39%ige Grundsteuererhöhung auf dem Papier so hin zu bekommen, dass der RP wieder einmal wegschauen konnte, unglaublich fantasielos und unsozial! Insbesondere der SPD schien auch wichtiger, dass gleichzeitig die schnelle Ausschreibung der Dezernentenstelle beschlossen wurde. Bis Mitte Jan. hatten sich dann 25 Menschen beworben. Die Liste der Namen wurde am 21. Jan. den Fraktionen etc. zugänglich gemacht. Ein Treffen aller war für den 23.1. anberaumt. Von der SPD erschien dort keiner, man hatte nicht einmal abgesagt. Der "Rest"-Rat verabredete ein Verfahren, wie mit der Bewerberliste koordiniert umgegangen werden solle. Wenige Stunden später war im Netz bereits der WAZ zu entnehmen, die SPD wolle den Bewerber Robra, basta.



Herr Spliethoff (Bild links) hatte wenige Tage vorher bereits verkündet, wenn ihr Kandidat nicht gewählt würde, sei der "Burgfrieden gestört". Das war offensichtlich eine Drohung an die CDU, mit denen zusammen man bisher Dezernentenstellen untereinander ausgemauschelt hatte.

Und nun? Wird die CDU mitspielen oder schafft die abstürzende SPD es, sich ggfs. die fehlenden Stimmen durch Zugeständnisse an andere zu erkaufen, falls die CDU nicht mehr mitspielt? Es ödet einen an, wenn man den Probleberg unserer Stadt bedenkt.

Doch egal: Die MBI jedenfalls haben sich noch keine/n Bewerber/in genauer anschauen können. Ob das überhaupt noch Sinn macht, ist fraglich. Für einen kümmerlichen Rest von Alibi-Demokratie weitere Zeit zu verschwenden, ist nicht

einsahbar und auch nicht zumutbar. Ganz am Rande: Auch Amtsleiterstellen werden neu besetzt. Auch dabei läuft alles wie immer.

Die Mülheimer SPD-Fraktion scheint insgesamt keine Rücksicht auf Nichts und Niemand mehr zu kennen. Der geradezu selbstmörderische Versuch, den eigenen OB abzusägen, ging einzig von ihr aus, die Wirtschaftsvereinigung, der SPD-Ortsverband, die VHS-Nutzer und Dozent/innen, bei der Dezernentensuche alle anderen Ratsfraktionen, bei der Grundsteuererhöhungsorgie ganz viele Eigenheimnutzer und Mieter, usw.:

Wem will man denn noch alles vor den Kopf stoßen?

Um auf den von Spliethoff erwähnten "Burgfrieden" zurück zu kommen: Wenn man ganz Mülheim als eine Art Burg ansieht, so ist der Frieden dort bereits massiv gestört u.a. durch die skandalöse VHS-Geschichte und nun durch die unverhältnismäßige Grundsteuererhöhungsorgie, wobei bisher viele betroffene Mieter noch nicht einmal wissen, was ihnen zugemutet werden soll. Und der "Burgfrieden", den der SPD-Fraktionsvorsitzende meint, der spielt sich eher in einem von der Außenwelt schalldicht abgetrennten Raum am Rande WAZ vom 23. Jan.: **"Mülheims SPD wünscht sich Georg Robra als neuen Dezernenten"**

Die SPD-Fraktion hat sich bei einzelnen Enthaltungen festgelegt: Georg Robra soll neuer Dezernent für Bildung, Soziales, Jugend, Gesundheit, Sport und Kultur werden. Unklar ist jedoch, ob die Genossen auf die Unterstützung anderer Fraktionen setzen können. Mindestens ein heißer Kandidat wird gehandelt, der dem Vernehmen nach mit CDU, BAMH, Grünen und FDP im Gespräch ist. Der Beigeordnete aus Rheda-Wiedenbrück soll Sozialdezernent werden, wenn es nach der SPD geht. "

Einlegeblatt

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** ●

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr

Telefon: 0208-3899810

Telefax: 0208-3899811

M B I

e-mail: fraktion@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Breiter Protest gegen die unverhältnismäßige Mülheimer Grundsteuererhöhung!

In Mülheim wächst weiter Widerstand gegen die Erhöhung der Grundsteuer um 39 Prozent. Auf der Internet-Plattform Openpetition wurde eine Petition gestartet mit der einzigen Forderung: „**Wir fordern die Rücknahme der Grundsteuererhöhung B von 39 %**“. In den ersten 5 Tagen hatten sich bereits die ersten 4000 Mülheimer/innen der Petition angeschlossen. **Das ist sehr, sehr viel für die kurze Zeit!** Es wäre sinnvoll, wenn möglichst noch viele mehr die Petition unterschreiben, auch wenn sie rechtlich keine direkte Bedeutung hat.



Mindestens genauso wichtig ist es allerdings, dass viele Eigenheimnutzer und Vermieter auch schriftlich Widerspruch bei der Stadt einlegen. Die ebenfalls betroffenen vielen tausende Mieter können das nicht, sie sollten aber ihre Vermieter zum schriftlichen Widerspruch auffordern.



Die MBI hatten außerdem für 22. Januar in der Gaststätte „Alte Schilderhaus“ an der Südstraße eine Versammlung aller Interessierten und Betroffenen zu der unverhältnismäßigen Mülheimer Erhöhungsgorgie bei der Grundsteuer anberaumt. Thema: Was tun zu der unverhältnismäßigen Erhöhungsgorgie bei der Grundsteuer B? Bei der Versammlung sollten auch mögliche Aktivitäten diskutiert und koordiniert werden.

Auf der Rückseite ein Vorschlag mit verschiedenen Textbausteinen zur Argumentation etwa bei schriftlichen Widersprüchen. Jede/r kann dann selbst überlegen, was ihm oder ihr wichtig erscheint bzw. was er/sie noch zusätzlich der Stadt mitteilen möchte als Begründung des Widerspruchs.

Anmerkungen zu den Widersprüchen:

- 1.) Die Grundsteuerbescheide wurden am 10. Januar verschickt. Da die Einspruchsfrist 1 Monat beträgt, müssen die Widersprüche bis spätestens 10. Februar bei der Stadt eingegangen sein.
- 2.) Man kann das Widerspruchsschreiben als Brief, als Fax oder als e-mail an die Stadt schicken. Fax-Nr. ist 455-2034, e-mail-Adresse: info@mulheim-ruhr.de. Bei e-mail ist zu bedenken, dass auch diese mit Unterschrift versehen sein muss. Man kann seinen Widerspruch auch im Amt selbst abgeben oder dort zu Protokoll geben. Die Abt. Gemeindesteuern befindet sich im 2. Stock des Rathauses.
- 3.) Mieter werden die drastische Erhöhung auch bezahlen müssen, weil der Vermieter die gesamte Grundsteuer weitergeben darf. Da aber nur die Eigentümer einen Grundsteuerbescheid von der Stadt erhielten, können auch nur sie Widerspruch einlegen. Mieter sollten deshalb ihre/n jeweiligen Vermieter auffordern, in jedem Fall Widerspruch einzulegen.
- 4.) Auch ein Widerspruch beinhaltet bei den Grundsteuerabgaben leider keine aufschiebende Wirkung, d.h. jede/r ist verpflichtet, zumindest die 1. Rate bis spätestens 15. Februar zu bezahlen.
- 5.) Die Stadt muss jeden einzelnen Widerspruch bescheiden. Sollte die Stadt die unzumutbare Erhöhungsgorgie doch noch verringern oder revidieren, so wäre die Stadt nur bei denen, die Widerspruch eingelegt haben, auch gesetzlich gezwungen, das zuviel gezahlte Geld zu erstatten oder zu verrechnen. Es empfiehlt sich, eine erteilte Einzugsermächtigung zu widerrufen und Ratenzahlung durchzuführen.
- 6.) Falls jemand trotz der wahrscheinlich geringen Erfolgsaussicht gerichtlich gegen die Erhöhungsgorgie vorgehen will, so kann er/sie dies erst gegen einen ablehnenden Widerspruchsbescheid tun.

Argumente oder Textbausteine für ein Widerspruchsschreiben an die Stadt.

An die Stadtverwaltung Mülheim

Fachbereich Finanzen / Team Gemeindesteuern, Am Rathaus 1, 45468 Mülheim

Grundsteuerbescheid für das Veranlagungsobjekt Kassenzzeichen:

Hier: Erhebung eines Widerspruchs

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen Ihren o.a. Grundsteuerbescheid vom 10.01.2019 erhebe/n ich/wir Widerspruch.

Begründung:

2010 betrug der Hebesatz für Grundsteuer B in Mülheim 500% des Einheitswertes. Damit gehörte Mülheim im bundesweiten Vergleich bereits zur Spitzengruppe. 2011 wurde der Hebesatz auf 530% erhöht, 2013 auf 560% und ab 2015 auf 640%. Die Ratsmehrheit von SPD, CDU und Grünen beschloss nun im Dezember 2018, den Hebesatz ab 2019 auf 890%, also um sage und schreibe weitere 39%, zu erhöhen.

In weniger als 10 Jahren wurde also die Grundsteuer um 78% erhöht! Das trifft mich/uns als Eigenheimnutzer/Vermieter, wie in der Folge nahezu alle Mülheimer Mitbürger/innen auch.

Diese erneute Erhöhung der Grundsteuer auch noch in der Größenordnung von 39 % stellt eine Art sittenwidriger Wucher dar in Zeiten mit einer jährlichen Inflationsrate von ca. 2% und ähnlich niedrigen Steigerungen von Reallöhnen und –renten. Es ist ungerecht und unzumutbar, dass Fehlbeträge im städtischen Haushalt, die durch Fehlplanungen und Misswirtschaft verursacht wurden, einzig durch die Bürger bezahlt werden sollen. Das ist nicht hinnehmbar und auf Dauer für das Allgemeinwohl und den Zusammenhalt der Gesellschaft kontraproduktiv.

Alleine z.B. durch Zins- und Währungsspekulationen ist der Mülheimer Bürgerschaft ein Schaden in mindestens zweistelliger Millionenhöhe entstanden! Kein Kämmerer, kein/e OB oder Politiker wurde dafür zur Rechenschaft gezogen und auch die Aufsichtsbehörde hat über Jahre eklatant versagt.

Im Vergleich aller deutschen Kommunen mit mindestens 20.000 Einwohnern liegt unsere Stadt mit 890% Hebesatz inzwischen nur noch hinter Witten mit 910 %, ein absolut beschämender „Spitzenplatz“! Den niedrigsten Hebesatz hatte übrigens bisher Ingelheim am Rhein (Rheinland-Pfalz) mit 80 %.

Mülheims Finanzmisere hat sich über Jahre durch folgenschwere Fehlentscheidungen und anhaltende Misswirtschaft aufgetürmt, so dass unsere im Ruhrgebietsvergleich bisher eher begünstigte Stadt mit 11.320 € Verschuldung pro Kopf NRW-weit unangefochten am schlechtesten dasteht trotz geringerer sozialen Probleme als in vielen Nachbarstädten. Mülheim hat nämlich hauptsächlich ein Ausgabenproblem und dies gilt es zu lösen. Der völlig überzogene Hebesatz stopft erneut durch Erhöhung der Einnahmen zwar kurzfristige Löcher, löst aber die Probleme nicht. Mülheim wird vielmehr dadurch noch unattraktiver.

Es darf keine "heiligen Kühe“ geben bei dem Versuch, die Ausgaben zu reduzieren. Auch in der ernsthaften Kooperation und Fusionierung von Aufgaben mit Nachbarstädten liegt nicht nur ein riesiges Potenzial zur Ausgabenreduzierung, sondern gleichzeitig zu erhöhter Effizienz. Das Riesen-ÖPNV-Problem zeigt dies überdeutlich, auch weil seit Jahren außer immer neuen, teuren Gutachten wenig geschah.

Die Mülheimer Erhöhungsorgie um 39% bei der Grundsteuer B ist umso bedenklicher, weil nach wiederholtem Verfassungsgerichtsurteil die Bundesregierung verpflichtet ist, in 2019 das bisherige Modell mit den Grundsteuermessbescheiden (Einheitswerten) für Immobilien grundlegend zu ändern. Da sich dann auch die Bemessungsgrundlagen verändern werden, auf die der kommunale Hebesatz angewendet wird, wird der bundesweite Spitzenwert von 890% viele Mülheimer, Eigenheimnutzer wie Mieter, möglicherweise noch härter treffen als die momentane, bereits unverhältnismäßige Erhöhung.

Was mit der Grundsteuerreform auf die Bundesbürger zukommen wird, ist unklar. Nur eines scheint gewiss: Die Grundsteuerreform könnte uns in Mülheim besonders betreffen und nicht wenige besonders hart!

Die im Dezember 2018 beschlossene Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B ist absolut unverhältnismäßig sowohl im Vergleich zu den Vorjahren, als auch zu anderen Kommunen in NRW, von bundesweiten Vergleichen ganz zu schweigen.

Mit der Erhöhung der Grundsteuer B in der geforderten Höhe bin/sind ich/wir nicht einverstanden! Es muss andere Mittel geben, den Haushalt zu sanieren!

Ich/wir fordern, dass die unverhältnismäßige Erhöhung des Hebesatzes auf „rekordverdächtige“ 890% wieder rückgängig gemacht wird oder zumindest deutlich reduziert wird. Soviel Respekt und Rücksichtnahme sollten die Mülheimer/innen von ihren Vertretern in Rat und Verwaltung erwarten dürfen, dass diese einen schwerwiegenden Fehler auch wieder korrigieren!

Sollte ein Verzicht oder eine Reduzierung der Erhöhung beschlossen werden, bitte/n ich/wir darum, dies mit den bereits eingezahlten Grundsteuerbeträgen zu verrechnen. Mit freundlichen Grüßen